

Wirtschaftsgipfel London

Treffen vom 7. bis 9. Juni 1984

Erklärung der Staats- und Regierungschefs über die demokratischen Werte

Lancaster House, 8. Juni 1984

1.

Wir, die Staats- und Regierungschefs von sieben großen industrialisierten Demokratien und der Präsident der Europäischen Gemeinschaften, haben uns in London zum Zehnten Wirtschaftsgipfel versammelt und bekräftigen unser Bekenntnis zu den Werten, die unsere Gesellschaften tragen und verbinden.

2.

Wir glauben an die Herrschaft des Rechts, die die Rechte und Freiheiten jedes Staatsbürgers ohne Bedrohung oder Begünstigung achtet und schützt und den Rahmen schafft, in dem sich der menschliche Geist frei und vielfältig entwickeln kann.

3.

Wir glauben an ein demokratisches System, das echte Auswahl in freien Wahlen, freie Meinungsäußerung und die Chance gewährleistet, sich allen Formen des Wandels zu stellen und anzupassen.

4.

Wir glauben, daß es in unserem demokratischen politischen und wirtschaftlichen System den Regierungen obliegt, die Voraussetzungen zu schaffen, damit größtmögliche Vielfalt, Wahlfreiheit und persönliche Initiative herrschen, die Ideale der sozialen Gerechtigkeit, Pflichten und Rechte hochgehalten, der Unternehmungsgeist blühen und Beschäftigungschancen für alle geschaffen, Chancengleichheit für die Teilhabe an den Früchten des Wachstums geboten und den notleidenden oder bedürftigen Unterstützung zuteil werden, das Leben aller in den Genuß der Vorteile der Innovation, des Einfallsreichtums und der wissenschaftlichen Entdeckungen kommen und Vertrauen auf eine gesunde Währung gegeben sein können. Unsere Länder besitzen dazu die Mittel und werden gemeinsam die Herausforderungen der neuen industriellen Revolution meistern.

5.

Wir glauben an die enge Partnerschaft unserer Länder und sind überzeugt, daß sie die politische Stabilität und das wirtschaftliche Wachstum in der ganzen Welt stärken wird. Wir erstreben die Zusammenarbeit mit allen Staaten auf der Grundlage der Achtung ihrer Unabhängigkeit und territorialen Unversehrtheit, ungeachtet der unterschiedlichen politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Systeme. Wir achten echte Ungebundenheit. Wir wissen, daß wirtschaftliche Stärke uns eine besondere moralische Verantwortung auferlegt. Wir bekräftigen unsere Entschlossenheit, Hunger und Armut überall in der Welt zu bekämpfen.

6.

Wir glauben an die Notwendigkeit von Frieden in Freiheit und Gerechtigkeit. Jeder von uns lehnt die Anwendung von Gewalt als Mittel zur Beilegung von Streitigkeiten ab.

Inhalt

Wirtschaftsgipfel London

Erklärung der Staats- und Regierungschefs über die demokratischen Werte	625
Londoner Erklärung über Wirtschaftsfragen	626
Erklärung der Staats- und Regierungschefs zu Ost-West-Beziehungen und Rüstungskontrolle	628
Erklärung zum internationalen Terrorismus	629
Erklärung des Vorsitzenden zum irakisch-iranischen Konflikt	629
<i>Bundespräsident Karl Carstens</i> Beitrag zur Versöhnung und Bewahrung der Menschenrechte	630
<i>Bundesminister Dr. Friedrich Zimmermann</i> In Treue zur Heimat Streben nach einem freien Europa	631
<i>Bundesminister Hans-Dietrich Genscher</i> Ein neues Kapitel der europäischen Geschichte	632
<i>Bundesminister Heinrich Windelen</i> Die deutsche Teilung friedlich überwinden	634

Jeder von uns wird nur die zur Abschreckung von Aggression und zur Erfüllung unserer Verpflichtungen für eine wirksame Verteidigung notwendige militärische Stärke aufrechterhalten. Wir glauben, daß in der Welt von heute die Unabhängigkeit eines jeden unserer Länder unser aller Anliegen ist. Wir sind überzeugt, daß internationale Probleme und Konflikte durch vernunftbestimmtes Gespräch und Verhandeln gelöst werden können und müssen, und werden alle dazu dienenden Bemühungen unterstützen.

7.

Stark in diesem Glauben und im Besitz großer Vielfalt und schöpferischer Kraft blicken wir vertrauensvoll in die Zukunft.

Londoner Erklärung über Wirtschaftsfragen

Lancaster House, 9. Juni 1984

1.

Wir, die Staats- und Regierungschefs von sieben großen Industrieländern und der Präsident der Kommission der Europäischen Gemeinschaften, sind auf Einladung des Premierministers des Vereinigten Königreichs, Margaret Thatcher, vom 7. bis 9. Juni 1984 in London zum Zehnten Wirtschaftsgipfel zusammengekommen.

2.

Diese Treffen sollen den Staats- und Regierungschefs vor allem die Möglichkeit bieten, die wirtschaftlichen Probleme, Aussichten und Chancen unserer Länder und der Welt zu erörtern. Nicht nur verstanden wir unsere gegenseitigen Positionen und Auffassungen besser, sondern wir erlangten auch ein hohes Maß an Übereinstimmung in den Grundzielen unserer jeweiligen Politik.

3.

Bei unserer letzten Begegnung in Williamsburg 1983 konnten wir bereits deutliche Zeichen der Erholung von der Weltrezession erkennen. Diese Erholung ist nun sichtbar in unseren Ländern gefestigt. Sie hat insoweit eine solidere Grundlage als frühere Erholungen, als sie das Ergebnis der in den letzten Jahren in den Teilnehmerstaaten des Gipfels und anderswo unternommenen unterschiedenen Bemühungen ist, die Inflation durch gesunde Finanzpolitik zu senken.

4.

Die Fortsetzung des Aufschwungs bedarf jedoch unablässiger Anstrengungen. Wir müssen die sich uns jetzt bietenden Chancen nach Kräften nutzen, um die Grundlage für ein dauerhaftes Wachstum und die Schaffung neuer Arbeitsplätze zu festigen. Wir müssen dafür sorgen, daß sich die Vorteile des Aufschwungs in den Industrieländern sowie auf die Entwicklungsländer und insbesondere die ärmeren Länder ausbreiten, denen ein dauerhaftes Wachstum der Weltwirtschaft noch mehr nützt als allen anderen. Wenn die Zinsen hoch bleiben und es nicht gelingt, die Inflation weiter zu senken und inflationäre Erwartungen zu dämpfen, könnte die Erholung gefährdet werden. Eine umsichtige Geld- und Haushaltspolitik der Art, die uns schon bislang so weit vorangebracht hat, muß

aufrechterhalten und, wo nötig, verstärkt werden. Wir bekräftigen das Bekenntnis unserer Regierungen zu dieser Zielsetzung und dieser Politik.

5.

Eine nicht geringe Sorge bereitet uns die wachsende Belastung der öffentlichen Haushalte in allen unseren Ländern. Die öffentlichen Ausgaben müssen in den Grenzen dessen bleiben, was unsere Volkswirtschaften leisten können. Wir begrüßen es, daß diesen Problemen von den Regierungen und in internationalen Organisationen, wie der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), wachsende Aufmerksamkeit gewidmet wird.

6.

Angesichts der hohen Arbeitslosigkeit in unseren Ländern betonen wir die Notwendigkeit eines nachhaltigen Wachstums und der Schaffung neuer Arbeitsplätze. Wir müssen dafür Sorge tragen, daß sich die Volkswirtschaften der Industriestaaten im Einklang mit der Nachfrage und dem technologischen Wandel anpassen und entwickeln. Wir müssen aktive Arbeitsplatz-Ausbildung betreiben, die Starrheiten aus dem Arbeitsmarkt nehmen und die Voraussetzungen schaffen, daß insbesondere für Jugendliche dauerhaft mehr neue Arbeitsplätze entstehen. Wir müssen das internationale Handelssystem stärken und ausweiten und die Kapitalmärkte liberalisieren.

7.

Wir sind uns der Sorgen bewußt, die die Entwicklungsländer zum Ausdruck gebracht haben, und kennen die politischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten, denen sich viele von ihnen gegenübersehen. Bei der Besprechung jeder der vor uns liegenden Fragen stand uns die Interdependenz zwischen Industrie- und Entwicklungsländern stets vor Augen. Wir bekräftigen unsere Bereitschaft, unsere Beziehungen mit ihnen voll guten Willens und im Geiste der Zusammenarbeit zu gestalten. Zu diesem Zweck haben wir die Finanzminister gebeten, für Finanzprobleme, die den Entwicklungsländern besondere Sorgen bereiten, das Feld für eine vertiefte Erörterung im Entwicklungsausschuß der Weltbank abzustecken, der als Forum für diesen Zweck geeignet und sehr repräsentativ ist.

8.

In unserer Strategie zur Bewältigung der Schuldenlast vieler Entwicklungsländer spielt der Internationale Währungsfonds, dessen Mittel für diesen Zweck aufgestockt wurden, eine Schlüsselrolle. Die Schuldnerstaaten akzeptieren zunehmend die Notwendigkeit einer Anpassung ihrer Wirtschaftspolitik, obwohl dies schmerzliche und mutige Anstrengungen verlangt. In einem Klima weltweiten Aufschwungs und wachsenden Welthandels dürfte diese Strategie das internationale Finanzsystem auch künftig in die Lage versetzen, etwa auftretende weitere Probleme zu bewältigen. Anhaltend hohe oder gar steigende internationale Zinssätze könnten jedoch sowohl die Probleme der Schuldnerländer verschärfen als auch eine Weiterverfolgung der Strategie erschweren. Dies unterstreicht die Bedeutung von Maßnahmen, die niedrigere Zinssätze herbeiführen und die Auswirkungen unseres Handelns auf andere Länder berücksichtigen.

9.

Wir sind daher übereingekommen,

- 1) die Maßnahmen zur Verringerung von Inflation und Zinssätzen, zur Begrenzung des Geldmengenwachstums und, falls erforderlich, zur Senkung der Haushaltsdefizite fortzusetzen und, wo nötig, zu verstärken;
- 2) auf den Abbau von Hindernissen hinzuwirken, die der Schaffung neuer Arbeitsplätze entgegenstehen, indem wir
 - die Entwicklung von Industrien und Dienstleistungen im Einklang mit der Nachfrage und dem technologischen Wandel auch innovativer kleiner und mittlerer Unternehmen fördern;
 - ein effizientes Funktionieren des Arbeitsmarktes fördern;
 - die Verbesserung und den Ausbau der Arbeitsplatzausbildung fördern;
 - in der Gestaltung der Arbeitszeit Flexibilität fördern;
 - Maßnahmen zur Stützung überholter Produktion und Technik unterlassen;
- 3) in den zuständigen internationalen Organisationen, vor allem in der OECD, die Arbeit zu unterstützen und zu stärken, die einem wachsenden Verständnis der Ursprünge und Formen wirtschaftlichen Wandels dient, die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit verbessert und das Wachstum begünstigt, insbesondere durch die Förderung von Innovation, das Bemühen um breitere Akzeptanz des technologischen Wandels und die Erleichterung der Mobilität von Arbeit und Kapital;
- 4) den Mittelzustrom einschließlich öffentlicher Entwicklungshilfe und Hilfe durch die internationalen Finanz- und Entwicklungsinstitute in die Entwicklungsländer und vor allem die ärmsten unter ihnen aufrechtzuerhalten und möglichst zu erhöhen, in Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern größere Aufgeschlossenheit für private Investitionen herbeizuführen und in diesen Ländern praktische Maßnahmen zur Bewahrung ihrer Ressourcen und Erhöhung der eigenen Nahrungsmittel- und Energieerzeugung zu fördern. Einige von uns möchten überdies den Gemeinsamen Rohstoff-Fonds aktivieren;
- 5) im Geiste der Zusammenarbeit mit den beteiligten Ländern die Schuldenstrategie zu bekräftigen, fallweise flexibel anzuwenden und weiterzuentwickeln; hierzu haben wir die gemachten Fortschritte geprüft und legen besonderen Wert darauf,
 - den Schuldnerländern bei den notwendigen Änderungen der Wirtschafts- und Finanzpolitik unter angemessener Berücksichtigung politischer und sozialer Schwierigkeiten beizustehen;
 - den Internationalen Währungsfonds in der zentralen Rolle, die er in diesem Prozeß mit Geschick wahrnimmt, zu stützen;
 - ein engeres Zusammenwirken zwischen dem Internationalen Währungsfonds und der Weltbank zu fördern und die Rolle der Weltbank zugunsten einer ausgewogenen mittel- und langfristigen Entwicklung zu stärken;
- in den Fällen, in denen Schuldnerländer selbst erfolgreich eine Verbesserung ihrer Position unternehmen, ausgedehntere mehrjährige Umschuldungen von kommerziellen Schulden zu fördern und zu entsprechenden Verhandlungen über unmittelbare Verbindlichkeiten gegenüber Regierung und öffentlichen Einrichtungen bereit zu sein;
- den Zustrom langfristiger Direktinvestitionen zu fördern; so wie es für die Industrieländer erforderlich ist, ihre Märkte für Exporte aus Schuldnerländern stärker zu öffnen, so können sich auch diese selbst helfen, indem sie Investitionen aus den Industrieländern begünstigen;
- die Ersetzung kurzfristiger Bankanleihen durch stabilere langfristige Direkt- und Portfolio-Finanzierung zu fördern;
- 6) die Finanzminister aufzufordern, ihre laufenden Arbeiten an Möglichkeiten zur Verbesserung der Funktionsweise des internationalen Währungssystems, einschließlich der Wechselkurse, der Überwachung, der Schaffung, Steuerung und Verteilung internationaler Liquidität und der Rolle des IWF vordringlich und gründlich fortzusetzen und den gegenwärtigen Abschnitt ihrer Arbeiten im ersten Halbjahr 1985 abzuschließen, damit eine Erörterung auf einer baldigen Tagung des Interimsausschusses des IWF stattfinden kann; die Frage der weiteren Zuteilung von Sonderziehungsrechten soll im September 1984 vom Interimsausschuß des IWF erneut geprüft werden;
- 7) die in Versailles und Williamsburg vereinbarten Verfahren für eine multilaterale Überprüfung und Überwachung der Konvergenz der Wirtschaftsentwicklung im Sinne niedrigerer Inflation und höheren Wachstums fortzusetzen;
- 8) uns um die Verbesserung der Funktionsweise und Stabilität des internationalen Finanzsystems durch eine umsichtige Politik der größeren Staaten, Bereitstellung angemessener Mittel für die internationalen Finanzinstitute und Verbesserung des internationalen Zugangs zu den Kapitalmärkten in den Industrieländern zu bemühen;
- 9) alle Handelsländer - Industrie- und Entwicklungsländer gleichermaßen - aufzufordern, dem andauernden protektionistischen Druck zu widerstehen, Handelshemmnisse abzubauen und erneute Anstrengungen zur Liberalisierung und Ausweitung des internationalen Handels mit Fertigwaren, Rohstoffen und Dienstleistungen zu unternehmen;
- 10) die vollständige Durchführung der laufenden Handelsliberalisierungsprogramme - insbesondere des GATT-Arbeitsprogramms von 1982 - in Zusammenarbeit mit anderen Handelspartnern zu beschleunigen, in internationalen Gremien die Arbeit im Zusammenhang mit dem Dienstleistungsverkehr voranzutreiben, die bei der OECD-Ministertagung im Mai 1984 erzielte Einigung über den wichtigen Beitrag zu bekräftigen, den eine neue Runde multilateraler Handelsverhandlungen zur Stärkung des offenen, multi-

lateralen Handelssystemen zum Vorteil aller Volkswirtschaften – der Industrie- wie der Entwicklungsländer – leisten kann, und aufbauend auf dem GATT-Arbeitsprogramm von 1982 die GATT-Partner über die Zielsetzungen, Vorkehrungen und zeitliche Gestaltung für eine neue Verhandlungsrunde im Hinblick auf eine baldige Entscheidung zu konsultieren.

10.

Die brennenden Probleme der Armut und Dürre in Teilen Afrikas bereiten uns große Sorge. Dem Sonderaktionsprogramm für Afrika, das die Weltbank ausarbeitet und das den gemeinsamen Hilfsanstrengungen der Völkergemeinschaft neuen Schwung geben sollte, messen wir große Bedeutung bei.

11.

Wir haben die möglichen Auswirkungen einer weiteren Verschlechterung der Lage im Golf auf die Ölversorgung geprüft. Wir sind sicher, daß – angesichts der derzeit in der Welt vorhandenen Ölvorräte, der Verfügbarkeit anderer Energiequellen und der Größenordnung der Einsparungsmöglichkeiten bei der Energienutzung – durch internationale Zusammenarbeit und gegenseitige Unterstützung während eines beträchtlichen Zeitraums eine ausreichende Versorgung aufrechterhalten werden kann. Wir werden weiterhin gemeinsam auf dieses Ziel hinwirken.

12.

Wir nehmen den fortdauernden Konsens über die sicherheitspolitischen und sonstigen Auswirkungen der Wirtschaftsbeziehungen zu den östlichen Ländern zustimmend zur Kenntnis und halten weitere diesbezügliche Arbeiten in den zuständigen Organisationen für erforderlich.

13.

Wir begrüßen den weiteren Bericht der auf dem Versailler Wirtschaftsgipfel eingesetzten Arbeitsgruppe Technologie, Wachstum und Beschäftigung und die in den achtzehn Bereichen der Zusammenarbeit erzielten Fortschritte und fordern die Gruppe auf, ihre Arbeit fortzusetzen und den Persönlichen Beauftragten rechtzeitig vor dem nächsten Wirtschaftsgipfel zu berichten. Desgleichen begrüßen wir die Einladung der italienischen Regierung zu einer internationalen Konferenz über das Thema der technologischen Innovation und die Schaffung neuer Arbeitsplätze, die 1985 in Italien stattfinden soll.

14.

Wir sind uns über die internationale Dimension der Umweltprobleme und die Rolle der Umweltfaktoren bei der wirtschaftlichen Entwicklung im klaren. Wir haben die für Umweltpolitik zuständigen Minister gebeten, mögliche Bereiche für eine fortgesetzte Zusammenarbeit in diesem Bereich näher zu bestimmen. Wir haben zudem beschlossen, die Arbeitsgruppe Technologie, Wachstum und Beschäftigung aufzufordern, das bisher Geleistete zu prüfen und konkrete Bereiche für die Erforschung der Ursachen, Wirkungen und Möglichkeiten der Eindämmung der Luft-, Wasser- und Bodenverschmutzung aufzuzeigen, wo die vorhandenen Kenntnisse unzureichend sind, sowie mögliche Projekte einer industriellen Zusammenarbeit bei der Entwicklung kostengünstiger Tech-

niken zur Verringerung von Umweltschäden näher zu bestimmen. Die Gruppe wird aufgefordert, zum 31. Dezember 1984 hierüber zu berichten. Wir begrüßen die Einladung der Regierung der Bundesrepublik Deutschland zu einer internationalen Umweltschutzkonferenz in München vom 24. bis 27. Juni 1984 an bestimmte Teilnehmerstaaten des Gipfels.

15.

Wir danken dem Premierminister von Japan für seinen Bericht über die von der Japan-Stiftung im März 1984 ausgerichtete Hakone-Konferenz über Lebenswissenschaften und Menschheitsfragen und begrüßen die Absicht der französischen Regierung, im Jahre 1985 eine zweite Konferenz zu veranstalten.

16.

Wir glauben, daß bemannte Raumstationen zu den Programmen gehören, die die technologische Entwicklung anregen und damit zu einer Stärkung der Wirtschaft und einer verbesserten Lebensqualität führen. Einige unserer Länder arbeiten bereits an derartigen Raumstationen, mit dem Ziel, sie im Rahmen nationaler oder internationaler Programme in Umlauf zu setzen. In diesem Zusammenhang wird jedes unserer Länder die großzügige und aufmerksame Einladung des Präsidenten der Vereinigten Staaten an die anderen Teilnehmerstaaten des Gipfels sorgfältig in Erwägung ziehen, sich an der Entwicklung einer solchen Raumstation durch die Vereinigten Staaten zu beteiligen. Wir begrüßen die Absicht der Vereinigten Staaten, dem nächsten Gipfel über die internationale Teilnahme an ihrem Programm zu berichten.

17.

Wir haben vereinbart, im nächsten Jahr erneut zusammenzukommen und haben hierzu die Einladung des Bundeskanzlers in die Bundesrepublik Deutschland angenommen.

Erklärung der Staats- und Regierungschefs zu Ost-West-Beziehungen und Rüstungskontrolle

1.

Wir haben die Ost-West-Beziehungen eingehend erörtert. Wir betonten, daß es zuerst auf unser aller Solidarität und Entschlossenheit ankommt.

2.

Zugleich sind wir entschlossen, weiterhin einen ausgedehnten politischen Dialog und eine langfristige Zusammenarbeit mit der Sowjetunion und ihren Verbündeten anzustreben. In einer Reihe von Gebieten bestehen Kontakte und werden Kontakte entwickelt. Jeder von uns wird alle nützlichen Gelegenheiten für den Dialog ergreifen.

3.

Unser Ziel heißt Sicherheit auf niedrigstmöglicher Streitkräfteebene. Wir erstreben baldige und positive Ergebnisse in den verschiedenen Rüstungskontrollverhandlungen und die schnelle Wiederaufnahme derzeit ausgesetzter Verhandlungen. Die Vereinigten Staaten haben die

Wiederaufnahme der Kernwaffenkontrollgespräche an jedem beliebigen Ort, zu jeder beliebigen Zeit und ohne Vorbedingungen angeboten. Wir hoffen, daß die Sowjetunion konstruktiv und positiv handeln wird. Wir sind überzeugt, daß das im gemeinsamen Interesse von Ost und West liegt. Wir befürworten Vereinbarungen, die vertrauensbildend wirken und dem Grundsatz der Nichtanwendung von Gewalt durch präzise Verpflichtungen konkreten Ausdruck verleihen.

4.

Wir glauben, daß Ost und West wichtige Ziele gemeinsam sind: Erhaltung des Friedens; Stärkung von Vertrauen und Sicherheit; Verringerung der Gefahr von Überraschungsangriffen oder der versehentlichen Auslösung eines Krieges; Verbesserung der Methoden der Krisenbewältigung; und Verhinderung der Ausbreitung von Kernwaffen.

Erklärung zum internationalen Terrorismus

1.

Die Staats- und Regierungschefs behandelten das Problem des internationalen Terrorismus.

2.

Sie stellten fest, daß es seit den Erklärungen von Bonn (1978), Venedig (1980) und Ottawa (1981) als Ergebnis verbesserter Sicherheitsmaßnahmen zwar weniger Entführungen von Transportmitteln und Personen gegeben, der Terrorismus aber andere Techniken – manchmal in Verbindung mit dem Drogenschmuggel – entwickelt hat.

3.

Sie äußerten ihre Entschlossenheit, diese Bedrohung mit allen erdenklichen Mitteln zu bekämpfen, die vorhandenen Maßnahmen zu stärken und wirksame neue Maßnahmen zu entwickeln.

4.

Sie nahmen mit Beunruhigung zur Kenntnis, mit welcher Leichtigkeit Terroristen internationale Grenzen überqueren und Zugang zu Waffen, Sprengstoffen, Ausbildung und Finanzmitteln erlangen.

5.

Die zunehmende Verwicklung von Staaten und Regierungen in Terrorakte, auch unter Mißbrauch der diplomatischen Immunität, erfüllte sie mit ernster Sorge. Zwar bekennen sie sich zur Unverletzlichkeit diplomatischer Missionen und anderer Forderungen des Völkerrechts, aber sie betonten auch die Verpflichtungen, die mit diesem Recht einhergehen.

6.

In der Diskussion fanden u. a. folgende Vorschläge Unterstützung:

- engere Zusammenarbeit und Koordinierung zwischen Polizei- und Sicherheitsorganisationen und anderen einschlägigen Behörden, insbesondere beim Austausch von Informationen, Erkenntnissen und technischem Wissen;

- eingehende Prüfung der Lücken, die sich Terroristen zunutze machen könnten, in den nationalen Rechtsvorschriften in jedem Land;

- Anwendung der dem Empfangsstaat nach dem Wiener Übereinkommen zustehenden Vollmachten in Dingen wie Größe der diplomatischen Missionen und Zahl der Gebäude, die diplomatische Immunität genießen;

- einzelstaatliches Handeln zur Überprüfung des Waffenverkaufs an Staaten, die den Terrorismus unterstützen;

- Konsultationen und, soweit dies möglich, Zusammenarbeit in der Frage der Ausweisung oder des Ausschlusses bekannter Terroristen – darunter auch Personen mit diplomatischem Status, die in den Terrorismus verwickelt sind – aus den Ländern des Gipfels.

7.

Die Staats- und Regierungschefs halten dies für ein Problem, das alle zivilisierten Staaten berührt. Sie haben beschlossen, sich für ein Vorgehen über die zuständigen internationalen Organisationen und seitens der Völkergemeinschaft als Ganzer zur Verhinderung und Bestrafung von Terrorakten einzusetzen.

Erklärung des Vorsitzenden zum irakisch-iranischen Konflikt

1.

Wir haben über alle Aspekte des irakisch-iranischen Konflikts gesprochen.

2.

Wir äußerten unsere tiefe Besorgnis über den ständig wachsenden Zoll an menschlichem Leid, materiellem Schaden und Verbitterung, die dieser Konflikt gefordert hat, und über die begangenen Verstöße gegen das internationale humanitäre Recht.

3.

Wir alle hoffen und wünschen, daß beide Seiten ihre Angriffe aufeinander und auf die Schifffahrt anderer Staaten einstellen. Der Grundsatz der freien Schifffahrt muß geachtet werden. Uns liegt sehr daran, daß sich der Konflikt nicht ausweitet, und wir werden alles tun, um die Stabilität in der Region zu fördern.

4.

Wir rufen die Parteien auf, nach einer friedlichen und ehrenhaften Regelung zu suchen. Wir werden alle dazu dienlichen Bemühungen unterstützen, insbesondere die des Generalsekretärs der Vereinten Nationen.

5.

Des weiteren haben wir im Rahmen der Wirtschaftserklärung die Rückwirkungen auf die Weltölversorgung geprüft. Wir haben festgestellt, daß der Weltölmarkt relativ stabil geblieben ist. Wir glauben, daß das internationale System willens und in der Lage ist, in Fortführung der bisherigen umsichtigen und realistischen Behandlungsweise mit allen vorhersehbaren Problemen fertigzuwerden.